

TOP 8

Eilantrag "Mindestlohn für die Zeitarbeitsbranche jetzt!"

Rede des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion
Rainer Schmeltzer MdL

anlässlich
der Plenarsitzung am 21. Februar 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich weiß nicht, wie viele Diskussionen wir schon über diese Thematik hier in diesem Hause geführt haben. Ich denke, jede einzelne Diskussion war keine verlorene Zeit bei dem Thema. Die öffentlichen Diskussionen außerhalb dieses Hohen Hauses zum Thema Mindestlohn sprechen eine deutliche Sprache. Zuletzt haben wir am 19. Dezember des vergangenen Jahres hier über das Thema „Aufnahme des Tarifvertrages für die Briefdienstleister in das Entsendegesetz“ gesprochen. Schon damals haben wir zur Kenntnis genommen, dass seitens der Landesregierung, seitens des Arbeitsministers Laumann, eine durchaus positive Stellungnahme zur Aufnahme der Briefdienstleister in das Entsendegesetz zu sehen war. Jetzt haben wir die Zeitarbeitsbranche zu debattieren. Auch hier sehen wir ähnliche Signale. In dem Zusammenhang haben wir Allgemeinverbindlichkeit, den Mindestlohn sowie die Aufnahme in das Entsendegesetz diskutiert. All dies waren und bleiben Themen. Insbesondere der Mindestlohn bleibt für die sozialdemokratische Partei ein wichtiges Thema mit der klaren Zielrichtung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf eine menschenwürdige Entlohnung zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes haben, aber auch zur Sicherung ihrer zukünftigen Rente. Denn eines muss auch klar sein: Wer sich heute gegen einen Mindestlohn ausspricht, ist in der Zukunft verantwortlich für die drohende Altersarmut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber auch für die Aufnahme in das Entsendegesetz sein, weil wir die Wirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig gegenüber den Mitbewerbern, insbesondere gegenüber den Mitbewerbern aus dem Ausland halten müssen. Deshalb brauchen wir gleiche Voraussetzungen bei der Entlohnung.

Die Zeichen der Zeit – ich sagte es eingangs schon – hat der Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Laumann, erkannt. Konnten wir doch in der „WAZ“ am 14. Februar 2008 lesen - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -: Wenn die Branche nicht ins Entsendegesetz aufgenommen wird, können Anbieter aus Osteuropa ab 2009 zu den Löhnen ihres Landes hier arbeiten. Das halten wir nicht aus. - Weiter schreibt die „WAZ“: „Um die Branche vor dem Lohndruck aus Osteuropa zu schützen, ist er“ - Minister Laumann - „deshalb ,entschieden dafür, sie ins Entsendegesetz aufzunehmen‘.“ Das ist richtig, Herr Minister Laumann. Das ist die Meinung, die wir haben, die wir immer vertreten haben. Wir freuen uns, dass Sie auch an dieser Stelle diese Meinung im Sinne der Beschäftigten und der heimischen Zeitarbeitsbranche vertreten.

Eigentlich müsste Ihnen ja die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben, zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen, zur Sicherung der Zeitarbeitsbranche zur Seite springen. Ich dachte, der Sprung wäre angekündigt, weil sie in der Rednerliste zumindest als Rednerin für diesen Tagesordnungspunkt ausgewiesen ist. Aber, Herr Laumann, wir Sozialdemokraten hier im Hause und draußen wissen: Sie haben es mit Ihrer Meinung nicht leicht. Ich will Sie nicht bedauern, um Gottes willen, das müssen Sie selber vertreten. Sie haben es nämlich mit Ihrem Koalitionspartner FDP nicht leicht. Glaubt doch ausgerechnet der Herr Papke, dass dies – nämlich die Aufnahme in das Entsendegesetz – einen massiven Eingriff in die Tarifautonomie bedeuten würde. Dies zeigt, dass er keine Ahnung von Voraussetzungen zur Aufnahme in das Entsendegesetz hat.

Die Voraussetzungen sind nämlich geschaffen. Dass er keine Ahnung von Tarifautonomie hat, haben wir in der Vergangenheit schon öfter feststellen können. Die einschlägigen Tarifverträge werden nämlich eingehalten. Papke als Schutzherr der Tarifautonomie ist ähnlich, als wenn Uli Hoeneß als Schutzpatron von Werder Bremen auftreten würde.

Der Tarifvertrag, der mit den Partnern des AMP abgeschlossen wurde, beinhaltet einen Tariflohn von 6,80 € bzw. 6,16 € in der Probezeit ab dem 1. Juli 2006 und 7,00 € bzw. 6,34 € in der Probezeit ab 1. Januar 2007. Diesen Tarifvertrag gibt es, während die breite Mehrheit, die unter die Tarifverträge fällt, die 7,31 € vereinbart haben, eine andere Sprache spricht. Auch 7,31 € sind bei Weitem kein Lohn, mit dem es sich lohnt, nach Liechtenstein zu ziehen.

Herr Laumann, erklären Sie hier und heute dem Hohen Haus noch einmal Ihre berechtigten Befürchtungen und legen Sie noch einmal dar, warum die Übernahme der Zeitarbeitsbranche in das Entsendegesetz dringend erforderlich ist. Aber formulieren Sie nicht so wie bei den Briefdienstleistern, wo Sie immer wieder betont haben, dass Sie dies im Bundesrat nicht ablehnen. Stehen Sie zu dem, was Sie in der WAZ gesagt haben, stehen Sie zu dem, was Sie auch im Bundesrat gesagt haben, setzen Sie sich gemäß unseres Antrages uneingeschränkt ein! Werben Sie für die Übernahme in das Entsendegesetz, und stimmen Sie ihm vor allen Dingen auch zu! – Herzlichen Dank.